



AGDW-Symposium „Europapolitik am Tag des Waldes – Die EU auf dem Weg zur Klimaneutralität?“

Politische Forderungen der AGDW – Die Waldeigentümer

(formuliert und abgestimmt am 21. März 2022 mit rund 250 Teilnehmenden aus der deutschen Forst- und Holzwirtschaft)

Honorierung von Ökosystemleistungen (HÖSL)

1. Die für den Klimaschutz widersinnige Ausrichtung der Forstwirtschaft allein auf Vorratsaufbau und Nutzungsverzicht muss beendet werden.
 - LULUCF sollte vom Fokus Waldspeicher auf die Substitutionseffekte ausgeweitet werden.
 - Nur durch die Honorierung der Ökosystemleistungen des Waldes werden aus passiven Kleinwaldbesitzenden motivierte aktive Waldumbauer/-innen.
 - Nur durch aktive Waldbewirtschaftung lässt sich eine Minderung der Kalamitäten und die Klimaanpassung der Wälder bewirken.
2. Die Gerechtigkeitslücke der CO₂-Emissionen muss geschlossen werden: Der Staat muss Zahlungen der CO₂-Emittenten an CO₂-senkende Wälder angemessen weiterleiten. Der Staat kann die Transformation nicht „allein“ finanzieren, aber sollte auch bei HÖSL-Mitwirkung des privaten Sektors mindestens 70 % beitragen.
3. Eine regionale Poolbildung für pragmatische Ansätze der Honorierung von Ökosystemleistungen sollte als untere Ebene der Subsidiarität angestrebt werden. Durch eine sachgerecht gewählte „Regionalität“ können Synergieeffekte erzielt und Sonderfaktoren wie z.B. schwierige Hanglagen oder Feuchtgebiete besser berücksichtigt werden.
4. Die Ganzheitlichkeit des Ökosystems Wald darf nicht durch die selektive Konzentration auf Biodiversität und Klima in Frage gestellt werden. Der Wald muss in seiner Multifunktionalität wahrgenommen werden.
5. Der Einstieg in die Honorierung von Ökosystemleistungen sollte kurzfristig mit machbaren Konzepten beginnen, um dann schrittweise zu einem optimierten System zu gelangen.

Investitionsstandort Deutschland

1. Die Holznutzung in den Wäldern muss ausgebaut werden.
 - Die Rohstoffunabhängigkeit Deutschlands wird immer wichtiger.
 - Dafür muss eine aktive, nachhaltige Forstwirtschaft betrieben werden. Besonders der strukturschwache, hoch bevorratete Kleinprivatwald sollte seine Flächen weiter in der Nutzung halten.
 - In der nationalen Biomassestrategie muss darauf geachtet werden, dass zukünftig Sortimente sowohl energetisch als auch stofflich genutzt werden, da insbesondere die stoffliche Nutzung neben einem Beitrag zur Verbesserung der Klimabilanz auch eine bessere Wertschöpfung für die Volkswirtschaft verspricht.
 - In einigen Regionen Deutschlands bestehen nur geringe Absatzmöglichkeiten für geringwertige Rundholzsortimente zur stofflichen Verwertung. Diese Verwendungs- und Wertschöpfungslücke besonders für Laubholz- und Kieferregionen muss geschlossen werden.
2. Die Geschwindigkeit des Waldumbaus zur Anpassung der Wälder an ein wärmeres Klima muss beschleunigt werden. Mit dem notwendigen Baumartenwechsel entsteht ein zusätzliches Rohstoffaufkommen, das sinnvoll genutzt und in Wert gesetzt werden muss.
3. Deutschland braucht innovative Lösungen für z.B. folgende Ressourcen:
 - „Buchenschwachholz“, das bisher fast ausschließlich als Brennholz genutzt werden kann
 - Holzfasern/Lignin als Grundstoffe für Biomedizin und Biochemikalien
4. Nicht nur Waldbesitzende, sondern auch (internationale) Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen dringend eine Verlässlichkeit der Politik.

Taxonomie

1. Subsidiarität hat oberste Priorität, um die soziale und naturräumliche Vielfalt zu erhalten – kein One-size-fits-all-Ansatz.
2. Praktikabilität in der Umsetzung muss vorab geprüft werden – die derzeit geforderten Nachweise ab einer willkürlich festgelegten Flächengrenze von 13 Hektar führen zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand, der vor dem Hintergrund der strikten Waldgesetze in der EU keinen Mehrwert für den Klimaschutz bringt. Der Vorschlag der EU-Kommission ist damit weder akzeptabel noch umsetzbar.
3. Eine Diffusion der Taxonomie-Anforderungen und die damit erzeugte Bürokratie in andere Finanzierungsbereiche, wie z.B. die forstliche Förderung, muss verhindert werden.
4. Das Know-how der Forstwirtschaft muss aktiv in die Aktivitäten des Finanzsektors einbezogen werden, um unüberlegtes vorschnelles Handeln zu vermeiden.
5. Der delegierte Rechtsakt für Klimaschutz stellt ein demotivierendes planwirtschaftliches Mikromanagement dar, das kaum einen Nutzen für den Klimaschutz entfaltet.